



Ereignisreiches Jahr 2015 geht zu Ende – Das kommende Jahr wirft seine Schatten voraus

Die Polizei NRW hat ein arbeitsreiches und intensives Jahr 2015 erlebt. Das kommende Jahr wird aber keinesfalls leichter – Grund genug für den Polizeispiegel, einen kurzen Blick zurück, aber insbesondere nach vorne zu werfen.

Das ablaufende Jahr war für den Bund, das Land, für seine Bediensteten, allen voran die Kommunen und die Organisationen mit Sicherheitsaufgaben – das schließt die ehrenamtlich organisierten Institutionen voll umfänglich ein –, von vielen Herausforderungen geprägt.

Das hat auch die DPoIG NRW immer wieder in das Blickfeld des öffentlichen Interesses gezogen – insofern war das Jahr 2015 auch für die DPoIG NRW ein ereignisreiches, schwieriges und arbeitsreiches Jahr!

Als die DPoIG NRW am Anfang des Jahres auf die vorliegenden Aufgaben blickte, waren die Eckpunkte der zu bewältigenden Aufgaben schnell klar. Es galt, den Landeskongress zu organisieren – ein gewaltiges Projekt, wenn man bedenkt, dass die DPoIG komplett ehrenamtlich strukturiert ist!

Und natürlich standen die Verhandlungen mit den politischen Entscheidern bezüglich des „Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes“ auf dem Programm. Was so sperrig klingt, war auch in der Verhandlung nicht leichter. Es gibt viele interessante Zwischenergebnisse. Aber wir werden uns auch im nächsten Jahr mit dem Mammut-Projekt auseinandersetzen. Erich Rettinghaus wird aus der Perspektive der Polizei die wichtigsten Felder des Gesetzesentwurfes im nachfolgenden Interview darlegen.

Landeskongress und Dienstrechtsmodernisierungskongress sollten aber bei Weitem nicht die einzigen Handlungsfelder bleiben, denn die DPoIG ist längst regelmäßiger und geschätzter Gesprächspartner in Sachverständigengesprächen des Innenausschusses und des Finanzausschusses im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Alles aber wurde immer wieder überragt von den tagesaktuellen Problemstellungen – seien es die in vielen Städten aufkommenden „No go areas“, die weiterhin hochaggressiv auftretenden Rockergruppen, der islamistische Extremismus und Versammlungslagen, die in der Häufung und Gewaltneigung in der Vergangenheit nicht vorgekommen sind. Und natürlich das alles überragende Thema, die Flüchtlingskrise, sowie viele andere Themen haben die DPoIG NRW immer wieder beschäftigt.

Insofern wird deutlich, dass die allermeisten Themen im Laufe des Jahres auf die Politik, aber auch auf die DPoIG zugekommen sind, ohne dass sie vorher einen herausragenden Stellenwert besessen haben.

Dennoch macht es Sinn, einen Blick nach vorne zu werfen, um die drängenden Problemstellungen und Handlungsfelder der nahen Zukunft zu erkennen und im Zuge der Problemlösung gewappnet zu sein.

Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, hat sich den Fragen von Sascha Gerhardt (Redakteur Polizeispiegel) gestellt und gibt im nachfolgenden Interview bekannt, welche herausragenden Themen er für das kommende Jahr sieht.

Polizeispiegel (PS): Das vergangene Jahr war für die Polizei sehr schwierig. Ist zu erwarten, dass sich die Lage etwas entspannt?

Erich Rettinghaus (E. R.): Das ist wohl nicht zu erwarten. Gerade die in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit diskutierte Flüchtlingskrise wird die Polizei auch im kommenden Jahr beschäftigen. Besonders besorgniserregend ist, dass immer noch keine Ordnung in die Situation gebracht werden konnte. Es ist dringend erforderlich, dass wir zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehren. Im Falle strafbaren Handelns besteht das Legalitätsprinzip. Das darf nicht aufgeweicht werden und es darf auch nicht der Eindruck entstehen, dass die Polizei selektive Strafverfolgung betreibt.

PS: Haben wir denn bereits eine solche Situation vorliegen?



Erich Rettinghaus
Landesvorsitzender DPoIG NRW

E. R.: Das gilt natürlich nicht in der Breite. Aber in einigen Bereichen sind wir personell doch gar nicht mehr in der Lage, die Mindestanforderungen zu erfüllen.

Dazu gehört eben im Falle illegal eingereister Menschen die Identitätsfeststellung, Fertigung einer Strafanzeige und die ED-Behandlung. Es ist dringend dafür Sorge zu tragen, dass die Anzahl der Flüchtlinge nicht weiter ungebremsst steigt. Andernfalls wird die Art der Unterbringung schon alleine für Probleme sorgen. Das sind dann für die Kollegen hochgefährliche Einsatzlagen. Nur wenn die Anzahl der Flüchtlinge begrenzt wird, kann man die Menschen auch dezentral unterbringen.

Aber das ist ja nicht alles. Unsere Bereitschaftspolizei hat einen wichtigen Mitspieler bei der Bewältigung großer Einsatzlagen verloren. Die Bundespolizei hat ihre Einheiten in Bayern konzentriert. Daher stehen diese Einheiten nun nicht mehr an der Seite der NRW-Hundertschaften!

Impressum:

Redaktion:

Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)

Tel. 0163.1597230

E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de

Landesgeschäftsstelle:

Dr.-Alfred-Herrhausen-Allee 12

47228 Duisburg

Tel. 02065.701482

Fax 02065.701483

Internet: www.dpolg-nrw.de

ISSN 0723-1822



Das hat weitreichende Folgen, die sich bis auf die Fallzahlen beim Wohnungseinbruch auswirken. Denn operative Kriminalitätsbekämpfung, die früher von der Bereitschaftspolizei massiv unterstützt wurde, kann nun nicht oder nur noch in ganz geringem Umfang gewährleistet werden.

Hier wird deutlich, wieso die Politik alles unternehmen muss, um die Lage zu ordnen, und wir werden unsere Stimme gegenüber den Verantwortlichen immer wieder erheben.

PS: Gibt es Handlungsfelder, die für die Polizei wichtig sind, auf welche die DPoIG auch selbst Einfluss nehmen kann?

E. R.: Die gibt es reichlich. Wir hatten ja erst vor Kurzem unseren Landeskongress. Da haben uns die Delegierten einiges ins Pflichtenheft geschrieben. Wir arbeiten immer wieder unterschieden an der Umsetzung. Da es sich hierbei um politische Prozesse handelt, dauert vieles aber leider sehr lang.

PS: Gibt es hierfür Beispiele? An was wird die DPoIG konkret im nächsten Jahr arbeiten?

E. R.: Wir haben dieses Jahr schon vieles angeschoben. Im Rahmen der Verhandlungen zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz haben wir uns dafür eingesetzt, dass endlich die längst versprochene Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage kommt. Aber wir sind nicht bereit, für diesen überfälligen Schritt weitere Einschnitte bei den aktiven Beamten zu akzeptieren. Leider hat die GdP ja, völlig ohne Not, eine Streichung der Pauschale für die Dienstkleidung ins Spiel gebracht. Sind es bei den uniformierten Kollegen nur vier Euro monatlich, müssten die Beamten der Ermittlungsdienste schon einen zweistelligen Betrag opfern. Das ist mit uns

nicht zu machen und wir werden in unserer Forderung auch durch den BdK unterstützt. Wir mussten bereits bei der letzten Dienstrechtsreform einige Kröten schlucken. Hierbei sind auch schon die Beträge eingespart worden, die eine Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage kostenneutral gewährleisten können. Das wurde uns übrigens auch quer durch alle Fraktionen der Parteien im Landtag bestätigt!

PS: Gibt es bei den Verhandlungen weitere Optionen für die DPoIG?

E. R.: Wir haben uns seit Jahren dafür eingesetzt, dass die Sonderzahlung „Weihnachtsgeld“ ein fester Bestandteil der Besoldung wird. Hier sind wir schon entscheidende Schritte weiter gekommen.

Leider war auch hier die GdP Bremsklotz. Mit etwas mehr Geschlossenheit hätten wir früher die Kürzung des Weihnachtsgeldes auf nunmehr 30 Prozent durch unsere Strategie verhindern können. Aber die GdP wollte seinerzeit diesen Weg nicht mit uns gehen. Auf diese Weise gelang es der Politik, das Weihnachtsgeld drastisch zu kürzen. Hätte man das Weihnachtsgeld in die Besoldung integriert, wäre dem Finanzminister der Zugriff auf das Geld verwehrt worden. Zudem wäre das Weihnachtsgeld bei jeder Gehaltsanpassung ebenfalls erhöht worden. Leider hat sich die GdP erst viel zu spät unserer Forderung angeschlossen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir unser langjähriges Ziel jetzt endlich durchsetzen können.

PS: Ein ebenfalls langjähriges Ziel der DPoIG bestand in der Erprobung von Lebensarbeitszeitkonten. Wird dieses Ziel noch verfolgt?

E. R.: Die Lebensarbeitszeitkonten sind ein Paradebeispiel für die Zähigkeit politischer Prozesse und Verhandlungen.

Aber nach etlichen Ministergesprächen und vielen Verhandlungen mit den Fraktionen im Landtag von NRW scheinen wir nun endlich den entscheidenden Schritt nach vorne gemacht zu haben.

Der Minister plant im Rahmen der Novellierung des Dienstrechts die Einführung in Form eines Piloten und die Polizei ist mit dabei.

Insgesamt sollen die Lebensarbeitszeitkonten in drei Bereichen der Verwaltung erprobt werden.

Dies sind Polizei, Staatskanzlei und Bezirksregierung.

Im Zuge des Piloten ist geplant, drei Polizeibehörden an dem Versuch teilhaben zu lassen.

Die DPoIG wird sich dafür einsetzen, dass der Versuch valide Daten liefert, die auch verwertbar sind.

Unser Ziel ist Flexibilität und Selbstbestimmung bei der Planung der eigenen Lebensarbeitszeit.

PS: Vielen Kollegen liegt immer noch die Abschaffung des Urlaubsgeldes schwer im Magen. Setzt sich die DPoIG weiterhin für die Ausgabe dieser Sonderzahlung ein?

E. R.: Natürlich arbeiten wir weiterhin daran, dass auch das Urlaubsgeld zukünftig wieder bezahlt wird. Im Oktober erst sind wir als Experten im Finanzausschuss des Landtages gehört worden. Hierbei haben wir auch die Wiedereinführung des Urlaubsgeldes gefordert. Allerdings gibt es in dieser Frage nach wie vor keine Bewegung.

In einem anderen Bereich aber konnte die DPoIG NRW Bewegung bringen.

Seit vielen Jahren kämpfen wir für die Einführung einer Krankenversicherungskarte.

Erst vor Kurzem haben wir die Einführung der Karte beim Leiter der Abteilung IV des MIK (Herr Düren) angeschoben. Dieser stellte explizit die Planung und Prüfung hierzu in Aussicht. Allerdings ist die Umsetzung recht schwierig. Insbesondere gilt es, keine Versorgungs Nachteile für die Polizeibeamten zu erzeugen.

PS: Viele Kolleginnen und Kollegen werden von der Novellierung der Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVO-Pol) betroffen sein. Hier gibt es in den Behörden eine große Unruhe. Die Arbeitsgruppe des Ministeriums hält sich mit konkreten Aussagen zurück. Ist die DPoIG in dieser Sache am Ball?

E. R.: Das ganze Verfahren wird momentan ressortübergreifend im Finanzministerium und im Innenministerium bearbeitet. Bevor die Arbeitszeitverordnung in Kraft gesetzt werden kann, wird es eine Verbändeanhörung geben. Die DPoIG wird, ebenso wie der DBB NRW, im Rahmen des Verfahrens angehört.

Wir gehen davon aus, dass eine Umsetzung der neuen Rechtslage zum 1. Januar 2016 nicht möglich ist. Wahrscheinlicher ist, dass mindestens noch drei weitere Monate vergehen werden, bis das neue Recht seine Wirkung entfaltet.

PS: Man erkennt ja deutlich, dass es einen erheblichen Unterschied macht, wer die Mehrheit in den örtlichen Personalräten als auch beim Polizeihauptpersonalrat (PHPR) inne hat.

Im nächsten Jahr sind wieder Wahlen. Mit welcher Zielsetzung stellt sich die DPoIG dieser Herausforderung?

E. R.: Es ist unser großes Ziel, die Mehrheitsverhältnisse im PHPR, aber auch bei vielen ört-

lichen Personalräten zu verändern.

Die Vorbereitung der Personalratswahlen läuft auf Hochtouren.

Wir haben auf Landesebene eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Das Ziel sein, unsere eigenen Mitglieder zur Wahl zu bewegen. Nur dann haben wir auch eine echte Chance, unsere Mandate in den Personalräten zu erhöhen, aber auch dort unsere Mehrheiten zu verteidigen, wo sie bestehen. ■

Das Ziel sein, unsere eigenen Mitglieder zur Wahl zu bewegen. Nur dann haben wir auch eine echte Chance, unsere Mandate in den Personalräten zu erhöhen, aber auch dort unsere Mehrheiten zu verteidigen, wo sie bestehen. ■

Lkw-Fahrerassistenzsysteme – Mehr Verkehrssicherheit durch Technik

Von Wolfgang Blindenbacher, Vorsitzender der DPoIG-Kommission Verkehr

Sie gehören zu den dramatischsten Ereignissen auf unseren Straßen. Auffahrunfälle, an denen Lastkraftwagen (Lkw) beteiligt sind. Das gilt insbesondere für die Autobahnen, da dort – auch von Lkw – höhere Geschwindigkeiten gefahren werden. Entsprechend hoch ist die kinetische Energie, die zum Tragen kommt, wenn ein Lkw auf Fahrzeuge auffährt, die am Stauende warten. In den Medien heißt es dann am nächsten Tag: „Bei einem Auffahrunfall auf der BAB A2 in Höhe von ... sind zwei Insassen in einem Auto ums Leben gekommen. Die Identität der Toten konnte bislang nicht geklärt werden. Der Wagen habe ein polnisches Kennzeichen gehabt, teilte die Polizei mit. Ein Lastwagen sei in der Nacht am Ende eines Staus auf einen anderen Lkw aufgefahren. Dadurch sei der vordere Lastwagen auf das Auto geschoben worden und dieses wiederum auf einen weiteren Lastwagen. Der Pkw wurde dabei völlig zerstört. Die Lasterfahrer blieben den Angaben zufolge unverletzt.“

Laut ADAC-Unfallforschung sind für derartige Unfälle charakteristisch:

- > Abstandsfehler als bedeutende Unfallursachen
- > Verursachung durch erfahrene, männliche Fahrer
- > Hohe Anprallgeschwindigkeit (Differenzgeschwindigkeit

häufig größer als 30 Stundenkilometer)
> Vorrangig auf Autobahnen und (Über-)Landstraßen.

Laut Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) gab es 2014 insgesamt 759 Tote bei Unfällen mit Lkw, dabei liegen Auffahr-

unfälle mit circa 50 Prozent an erster Stelle vor dem Abkommen von der Fahrbahn. Zur Vermeidung derartiger Verkehrsunfälle können unterschiedliche Fahrerassistenzsysteme auch bei Nutzfahrzeugen wirkungsvoll beitragen. So sind dort elektronische Fahrstabilitätsregelsysteme seit mehreren Jahren im Einsatz; auch Spurhaltesysteme, Abstandssysteme und Notbremssysteme sind für Nutzfahrzeuge verfügbar. Die positive Wirkung entsprechender Systeme ist inzwischen durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen. Ein von der Berufsgenossenschaft Verkehr durchgeführter mehrjähriger Feldversuch zeigte, dass durch den Einsatz von geeigneten Fahrerassistenzsystemen (ohne Notbremssystem) annähernd 30 Prozent aller Lkw-Unfälle vermieden werden könnten. Der zusätzliche Einsatz von Notbremssystemen, die auch Kollisionen mit vorausfahrenden oder stehenden Fahrzeugen verhindern helfen, lässt eine noch höhere Unfallreduzierung erwarten.

Für Autoinsassen gehen Lkw-Auffahrunfälle, die durch das Vorhandensein unter anderem eines Lkw-Notbremssystems hätten verhindert werden können, oftmals tödlich aus. Das Risiko, bei derartigen Unfällen tödlich zu verunglücken, ist

laut ADAC dreimal höher als bei anderen Heckkollisionen. Allerdings ist die Ausstattungsrate mit Notbremssystemen in Nutzfahrzeugen noch überschaubar. Vor diesem Hintergrund kommt der Entscheidung der Europäischen Union aus dem Jahre 2009, verkehrssicherheitserhöhende Fahrerassistenzsysteme für Nutzfahrzeuge perspektivisch zur Standardausstattung zu erklären, besondere Bedeutung zu. In ihrer „Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern und von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge hinsichtlich ihrer allgemeinen Sicherheit“ führt sie unter anderem aus, dass wichtige Fahrerassistenzsysteme für neue Fahrzeuge europaweit zeitlich gestaffelt einzuführen sind. So müssen zum Beispiel ab 2013 alle neu entwickelten Lkw-Typen über 3,5 Tonnen zulässige Gesamtmasse und ab 2015 dann alle neu zugelassenen Lkw mit einem entsprechenden System ausgestattet sein.

Hinsichtlich des jeweiligen Notbremssystems darf dann erwartet werden, dass > eine real drohende Kollision mit einem vorausfahrenden

Fahrzeug als solche zuverlässig und automatisch erkannt wird sowie dem Fahrer durch eine Warnung Gelegenheit gegeben wird, eine Kollision durch geeignete Brems- oder Lenkmanöver selbst zu verhindern, und

> wenn keine Reaktion des Fahrers erfolgt, das Bremssystem des Fahrzeugs aktiviert wird, um eine Kollision mit vorausfahrenden, bewegten Zielen vollständig zu vermeiden oder – im Falle von stehenden Zielen – die Auswirkung einer Kollision zu reduzieren.

Da die Zeitintervalle für die jeweiligen Vorgaben unter

Berücksichtigung der Realisierungsmöglichkeiten aller Staaten der Europäischen Union zeitlich gespreizt sind, erfolgt die tatsächliche Flottendurchdringung mit den genannten Assistenzsystemen in einem längeren Prozess. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen, stellt dazu fest: „Die Sicherheit auf unseren Straßen könnte darüber hinaus erhöht werden, wenn schon jetzt freiwillig damit begonnen würde, Lkw – im Rahmen des technisch Machbaren – mit verkehrssicherheitsfördernden Assistenzsystemen nachzurüsten.“

Vor diesem Hintergrund kommt natürlich auch der infrastrukturbasierten Absicherung von Stauenden, das heißt der rechtzeitigen Warnung des nachfolgenden Verkehrs vor stehendem Verkehr, eine besondere Bedeutung zu. Im Autobahnnetz findet man immer wieder Stellen, an denen regelmäßig Störungen auftreten, es sind dies zum Beispiel Anschlussstellen mit geringer Leistungsfähigkeit oder Baustellen mit eingegengten Fahrstreifen. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden an solchen Stellen dauerhafte oder mobile Stauwarnanlagen installiert. Im August des Jahres startete Straßen.NRW auf

der BAB A43 zwischen der Anschlussstelle Bochum-Laer und dem Autobahnkreuz Herne (Fahrtrichtung Münster) eine neue Stauwarnanlage. Fünf Brücken mit Wechselverkehrszeichen in LED-Technik und drei seitlich stehende Anzeigen in Auffahrten werden auf der Basis von Daten über die Geschwindigkeit, die Anzahl der Fahrzeuge, die Fahrzeugkategorien (Pkw oder Lkw), aber auch über Sichtweiten oder Niederschläge angesteuert. Damit ist unter anderem die Absicherung von unfallträchtigen „Stau-Enden“ eine wichtige Aufgabe der Stauwarnanlage, die insgesamt 1,2 Millionen Euro kostet. ■

Informationssicherheit stattfinden und die Sicherheit in organisatorischer, personeller und physischer Hinsicht verbessert werden. Er hielt es auch für wichtig, herauszustellen, dass das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden gestärkt werden muss.

In einem emotional vorgetragenen Impulsvortrag zeigte Eugene Kaspersky die Gefahren auf, die von Tätern aus dem Bereich des Cybercrime ausgehen. Hierzu nutzte er mehrere anschauliche Beispiele und fesselte so die Zuhörer. Herr Kaspersky zeigte Verbindungen zu Cyber-Terroristen auf, die in naher Zukunft auch Angriffe auf kritische Infrastrukturen vornehmen könnten. Hierzu zählt er insbesondere Flughäfen, Kraftwerke, Telekommunikation, Finanz- und Gesundheitssysteme auf. Gleichzeitig zeigte er, dass die Organisierte

Kriminalität vermehrt digital wird und die Vorteile der Digitalisierung für sich nutzt.

Nach diesen Vorträgen im Plenum hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, an zwei von insgesamt sieben Panels teilzunehmen. Die Vortragenden waren ausgesuchte Experten zum Thema. Die dort erzielten Ergebnisse wurden in die abschließende Podiumsdiskussion eingebracht, die durch Paul Elmar Jöris, ehemaliger Mitarbeiter des WDR, geleitet wurde. Die angesprochenen Themen befassten sich mit der technischen Ausstattung der Polizei, Durchführung internationaler Ermittlungen, Sicherheit in Unternehmen, Sicherheit von Produkten der Industrie und um die Verantwortung eines jeden Einzelnen.

Durch die gesamte Veranstaltung leitete gekonnt und inform

ativ der Leitende Kriminaldirektor Röhl, LKA NRW, der die Gäste auch verabschiedete.

Zwischen den Vorträgen und in der Mittagspause hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, sich eingehendere Informationen an aufgebauten Infoständen zu beschaffen. Die anwesenden Spezialisten gaben hierzu bereitwillig Auskunft. Das LKA NRW hatte die Chance genutzt und die einzelnen Fachbereiche ihres Cybercrime-Kompetenzzentrums aufgebaut.

Die gelungene Veranstaltung endete gegen 16.45 Uhr und die Teilnehmer nahmen viele neue Erkenntnisse mit, die sie in ihren Organisationen umsetzen können.

Aus Sicht der Kommission Kriminalpolizei der DPoIG lässt sich abschließend sagen, dass

ein Kongress zum Thema Cybercrime mehr als überfällig war und sich die anderen Bundesländer dem Beispiel Nordrhein-Westfalens anschließen sollten. Wünschenswert wäre es aber, zu solchen Kongressen mehr Kriminalbeamte aus den örtlichen Kreispolizeibehörden einzuladen, die die beschriebenen Delikte auch bearbeiten. Zumindest die Leiter der Direktionen „Kriminalität“ sollten standardmäßig eingeladen werden. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie die angesprochene Problematik in Zukunft präventiv und repressiv bekämpft und ob sich das Anzeigeverhalten der betroffenen Wirtschaftsunternehmen ändern wird. Eine effektive Bekämpfung ist nur mit einer Erhöhung der personellen Ausstattung und einer Aktualisierung der technischen Ausstattung möglich. ■

Fachkongress des Innenministeriums zum Thema „Cybercrime“

Eine der wesentlichen Herausforderungen der modernen Kriminalitätsbekämpfung ist die strategische Herangehensweise an die Straftaten, die im Internet verübt werden. Viele dieser Delikte stellen recht neue Kriminalitätsformen dar. Der Kongress, der am 21. Oktober 2015 im Düsseldorfer Congress Center vor 350 geladenen Gästen aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, der Polizei und der Politik stattfand, hat sich dieser Thematik gewidmet.

Norbert Wolf, Kriminaldirektor und Vorsitzender der DPoIG-Kommission „Kriminalpolizei“, nahm für die DPoIG und den Deutschen Beamtenbund an dem Kongress teil.

Dessen nachfolgender Verlaufsbericht eröffnet einen Überblick über die Veranstaltung.

In seiner Eröffnungsrede stellte der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalens, Ralf Jä-

ger, die Herausforderungen des Cybercrime für die heutige Gesellschaft heraus und machte gleichzeitig klar, wie gut das Land NRW gegen diese Gefahren aufgestellt sei. Hierbei verwies er auf das Cybercrime-Kompetenzzentrum des LKA, das bereits im Jahr 2011 eingerichtet wurde und verschiedene Kooperationen zur Bekämpfung dieses Deliktbereiches eingegangen ist. Die Gefahr von Cybercrime sei eine wachsende Gefahr für die Gesell-

schaft und Straftäter würden die fortschreitende Vernetzung nutzen, um Wirtschaftsunternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen zu attackieren. Aber auch der private Internetnutzer sei immer mehr Angriffspunkt für kriminelle Machenschaften. Eine durchgreifende Bekämpfung sei nur mit einer guten Vernetzung und Bündelung von Fachwissen auch aufseiten der Polizei zu bewerkstelligen.

Dazu dienen Fachkommissariate auf örtlicher Ebene und das LKA mit dem Cybercrime-Kompetenzzentrum, bei dem circa 100 Beschäftigte arbeiten. Innenminister Jäger zeigte anhand von aktuellen Beispielen des Hasses und der Hetze im Netz gegen Personen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, neue Dimensionen dieser Kriminalitätsform auf. Gleichzeitig kündigte er den Einsatz von acht zusätzlichen Ermittlern an, die gegen diese Art von Hetze im

Netz vorgehen werden und dort auch fahnden würden. Trotz des Einsatzes von technischen Maßnahmen/Mitteln zum Schutz von Daten sei der Mensch/der User immer noch der größte Unsicherheitsfaktor. Gerade hier setzen die Maßnahmen der Prävention an. Zum Schluss appellierte der Minister an die anwesenden Angehörigen der Wirtschaft, stattfindende Straftaten auch anzuzeigen.

Anschließend sprach Herr Prof. Kempf als Mitglied des Nationalen Cybersicherheitsrates über die Gefahren für Gesellschaft und Wirtschaft und über die Erwartungen an den Staat. Die Kerninformationen des Vortrages lagen einmal in der hohen Zahl der von Cybercrime betroffenen Firmen mit mehr als 50 Prozent und in der Schadenssumme von circa 51 Milliarden Euro jährlich. Nach seiner Ansicht muss ein Umdenken in Bezug auf die

Landesjugendkongress 2015

Das Jahr 2015 ist für die DPoIG das Jahr der großen Veranstaltungen. Nach dem Landeskongress der DPoIG NRW, der im Frühjahr dieses Jahres stattfand, folgte am 29. und 30. Oktober 2015 in Kalkar mit dem Landesjugendkongress die zweite große Veranstaltung.

Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, und dessen Erster Stellvertreter Frank Mitschker ließen es sich nicht nehmen, persönlich an dem Landesjugendkongress teilzunehmen. Dies alleine ist schon ein Indiz dafür, welcher Stellenwert die Jugendarbeit in der DPoIG für die Gesamtorganisation hat.

Neben den beiden Vertretern des geschäftsführenden Landesvorstandes nahm mit

Bülent Kalman ein Mitglied des Landesvorstandes der DPoIG NRW als Tagungsleiter am Kongress teil.

Zuletzt bestand die Jugendvertretung in der DPoIG NRW nur noch aus kommissarischen Mitgliedern. Wichtiger Bestandteil des Kongresses war demnach die Wahl einer neuen Landesjugendleitung, um die Arbeit wieder in strukturell und inhaltlich geordnete Bahnen zu lenken.



Melina Bekar, Erich Rettinghaus, Marcel Huckel, Ekaterina Zenkov, Marie Schmitz-Moormann, Hannah Gottschewsky (von links)

So ehrenwert die Bereitschaft von Romina Wendland-Roßkoth sowie Larissa Lempert auch war, die Geschäfte der Landesjugendleitung kommissarisch zu führen, so wichtig ist natürlich die ordnungsgemäße und demokratische Legitimation des Gremiums.

So waren dann auch die Wahlhandlungen der zentrale Bestandteil des ersten Veranstaltungstages.

Mit großer Mehrheit nach geheimer Wahl wurde Melina Bekar aus dem Kreisverband Duisburg zur Landesjugendleiterin gewählt.

Marie Schmitz-Moormann aus dem Kreisverband Münster wurde ebenso überzeugend zur Ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Mit Marcel Huckel wurde ein männlicher Vertreter als stellvertretender Vorsitzender in das Gremium gewählt. Weitere stellvertretende Vorsitzende wurde Ekaterina Zenkoy.

Geschäftsführerin wurde Hannah Gottschewsky.

Das gewählte Gremium wurde von Erich Rettinghaus und Frank Mitschker zu den überzeugenden Wahlergebnissen beglückwünscht.

Der neue Vorstand konnte so dann in die Arbeit einsteigen, denn es galts über zahlreiche Anträge zu beraten und zu beschließen.

Unter anderem wurde die Landesjugendleitung damit beauftragt, sich für die Einführung einer weiteren Distanzwaffe in Form eines Elektropulsgerätes einzusetzen. Ebenfalls wünscht die JUNGE POLIZEI (JuPo) eine bessere Infrastruktur bei der Unterbringung der Studierenden an den Standorten des LAFP. Das Angebot für die Unterbringung reicht bei Weitem nicht aus, sodass Wohnungen angemietet werden müssen – ein enormer Kostenaufwand für die Stu-

denten, der erst Monate später über die Trennungentschädigung rückvergütet wird. Die JuPo fordert aber eine kostenlose Unterbringung in den Liegenschaften. Diese Unterkünfte hätten auch erhebliche positive Auswirkungen auf die Bildung eines Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühls.

Dass über 450 Nachtdienststunden hinaus keine weiteren 8a-Tage erzielt werden können, möchte die JuPo auch nicht länger hinnehmen. Genauso wenig ist aus Sicht der JuPo hinzunehmen, dass die in einem Nachtdienst anfallenden Überstunden nach 6 Uhr nicht unter die Rege-

lungen für die Vergütung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten fallen.

Gerade junge Beamte leisten in großem Umfang Nachtdienste und beeinflussen auf diese Weise negativ ihren gesundheitlichen Status. Natürlich sind diese Nachtdienste notwendig. Die entsprechenden Belastungen müssen aber in angemessener Weise durch Freizeit und finanziell ausgeglichen werden.

Die Redaktion des Polizeispiegels beglückwünscht die neu gewählte Landesjugendleitung und wünscht bei der bevorstehenden Arbeit viel Erfolg, aber auch Freude.

vor zwei Jahren sollte das Fahrrad meinen polizeilichen und privaten Alltag bestimmen. Ich sorgte in Hamm im Laufe der Jahre für entsprechende Strukturen und gab der immer mehr in den Fokus rückenden Thematik ein Gesicht.

PS: Was hat dich dazu bewegt, aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzusteigen?

J. F.: Konkret begann das im Jahr 2004. Ich begann mich für die Arbeit des örtlichen Personalrates zu interessieren, als ich als Betroffener einer Maßnahme die Hintergründe hinterfragte. Im Austausch mit meiner Gewerkschaft stieg das Interesse. Zunächst beschränkte sich meine Tätigkeit auf eine Vertreterfunktion. Ab 2008 dominierte im PP Hamm die Farbe Blau – was sich bis heute auch nicht geändert

hat. Seit dem Jahr 2012 bin ich ständiges Mitglied im Gremium und habe dann nach dem Ausscheiden des langjährigen Vorsitzenden und meinem Mentor, Horst Pirog, zu Beginn 2015 den Vorsitz übernommen.

PS: Dann hat sich für dich beruflich und gewerkschaftlich im Jahr 2015 ja bereits einiges verändert.

J. F.: Stimmt – beim Landeskongress 2015 in Dortmund wurde ich durch die Anwesenheit zum Fachbeisitzer für das Landespersonalvertretungsrecht (LPVG) gewählt. Für das gezeigte Vertrauen kann ich mich hier nur noch einmal herzlich bedanken. Der Fachbereich ist mir natürlich durch meine Tätigkeit als Personalratsvorsitzender sehr gut vertraut.

Auch meinen aktuellen Aufgabenbereich füllen ich nach meinen Wertevorstellungen und Visionen aus. Die Rahmenbedingungen gibt unter anderem das LPVG vor. Diesen Rahmen gilt es, mit Leben zu füllen und die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen.

PS: Was kennzeichnet den „Menschen Jürgen Froese“ und wo findet man das auch im Berufsleben?

J. F.: Mein Motto und auch meine Kernbotschaft als Gewerkschafter lautet: „Miteinander reden statt übereinander!“

Ich suche den Dialog und bin kein Lautsprecher. Ein tragfähiger Kompromiss für alle ist sinnvoller als verhärtete Fronten im Stillstand, schlimmstenfalls Rückschritt. Die Trans-

parenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen für alle Mitarbeiter und eben auch für die Gewerkschaftsmitglieder stehen ebenso im Fokus. So führe ich auch meine Amtsgeschäfte als Vorsitzender des örtlichen Personalrates. Hier habe ich eine Aufgabe, der ich mich, wie von mir bekannt, mit vollem Einsatz stelle. Daher werde ich mit aller Kraft dafür kämpfen und bei meinen Kolleginnen und Kollegen dafür werben, dass ich zusammen mit meinen Mitstreitern auch nach der Personalratswahl im kommenden Jahr die Aufgabe fortführen kann.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen eine friedfertige Weihnachtszeit, einen guten Rutsch in das neue Jahr und einen erfolgreichen Personalratswahlkampf.

6 Der Landesvorstand der DPoIG NRW – wer macht was?

Im Rahmen des Landesdelegiertentages wurde unter anderem der neue Landesvorstand der DPoIG NRW gewählt. Das Gremium setzt sich aus 13 Fachbeisitzern, unserem Ehrenvorsitzenden Rainer Wendt sowie unseren Ehrenmitgliedern Wolfgang Janick, Klaus Grützemann und Horst Pirog zusammen.

Der Polizeispiegel stellt in den nachfolgenden Ausgaben die Menschen hinter den Aufgaben vor.

In der aktuellen Ausgabe beginnen wir mit dem Fachbeisitzer für Fragen rund um das Personalvertretungsrecht, Jürgen Froese (Vorsitzender des örtlichen Personalrates des PP Hamm).

Polizeispiegel (PS): Seit wann bist du Polizeibeamter und was hat dich bewegt, den Beruf zu wählen?

Jürgen Froese (J. F.): Ich bin 1979 im Alter von 17 Jahren zur Polizei gekommen. Damals habe ich in Stukenbrock meine

Ausbildung begonnen. Eigentlich hatte ich gar keine konkreten Vorstellungen. Ich hatte aber den Wunsch, einen abwechslungsreichen und spannenden Beruf auszuüben. So habe ich die Polizeiarbeit ein Stück weit als interessante und zieloffene Reise vor Augen.

PS: Warst du von Beginn an in der DPoIG beziehungsweise wann hast du dich gewerkschaftlich organisiert?

J. F.: Da gab es damals offenkundig keine Wahl. Mit Eintritt in die Polizei bin ich auch sofort in die Gewerkschaft eingetreten (worden). Damals war die Polizei ja noch grün. Irgendwie war ich ja auch noch grün

hinter den Ohren, sodass die Farbe meiner Gewerkschaft dann eben auch grün war.

PS: Du bist aber nun in der DPoIG – was hat dich zum Wechsel bewegt?

J. F.: Mit fortschreitendem Alter und gesammelter Erfahrung wurde ich kritischer und entwickelte eigene Zielvorstellungen. 1986 wechselte ich gewerkschaftlich zu blau und ahnte noch nicht, dass dies die Farbe der Polizei NRW werden wird.

PS: Deine gesammelten Erfahrungen haben sicher auch mit den beruflichen Erfahrungen zu tun. Was hast du bei der Polizei bisher gemacht?

J. F.: Bevor ich 1985 in meine Heimatstadt und Wunschbehörde Hamm kam, habe ich in Essen, Wuppertal und Düsseldorf Dienst versehen.

In Hamm fand ich zunächst Verwendung im Wachdienst



Jürgen Froese, Landesvorstand DPoIG NRW, Fachbeisitzer LPVG

und nutzte dort die mir gebotenen Verwendungsmöglichkeiten.

PS: Was heißt das konkret?

J. F.: Ich lebte unter anderem meine sportlichen Interessen aus und entdeckte das Einsatzmittel Fahrrad für mich. Von meiner ersten Einsatzfahrt mit diesem Einsatzmittel im Jahre 1997 bis zum Verwendungswechsel in den Bezirksdienst

Polizeiinspektion Remscheid erhält eigenen „Bergischen Löwen“

Persönliches Engagement zweier Beamter erbringt ein neues Wahrzeichen der Polizei Remscheid – der DPoIG-Kreisverband Wuppertal unterstützt die Aktion finanziell.

Die Stadt Remscheid feierte im Jahr 2014 ihr 85-jähriges Bestehen als Großstadt. Zu diesem Anlass wurde durch das Stadtmarketing Remscheid die Idee einer Löwenparade vorgestellt. Der Bergische Löwe, das Wappentier vieler Bergischer Städte, konnte fortan von Interessierten bestellt werden.

Die Gestaltung sollte in Eigenregie erfolgen. Die Aktion wurde ein großer Erfolg. So wurden im Rahmen der Feierlichkeiten bereits circa 160 Löwen in einer Parade mit an-

schließender Ausstellung auf dem Rathausplatz der Bevölkerung präsentiert.

Zahlreiche Firmen, Privatpersonen, Schulen, soziale Einrichtungen und Behörden präsentierten mit großem Stolz ihre Löwen. Für die Anschaffung eines Löwen, der die Polizei repräsentieren sollte, gab es keine finanziellen Mittel.

Doch ganz ohne die Remscheider Polizei fand die Löwenparade nicht statt. Wie viele andere Institutionen präsen-



Das neue Wahrzeichen der Polizei Remscheid – der Polizeilöwe

tierten sich die Remscheider Kolleginnen und Kollegen mit einem Stand während der Veranstaltung. Nur die ständigen Fragen, wo denn der „Polizeilöwe sei“ nervten PHK Frank

Herzhoff (Bezirksdienst PI Remscheid) so sehr, dass er am gleichen Tag noch den Entschluss fasste, das Projekt „Remscheider Löwe“ umzusetzen. Die Idee kam bei den Kol-



leginnen und Kollegen der Polizeiinspektion Remscheid so gut an, dass Frank Herzhoff sofort mit einer Spenden-sammlung begann. Spon-tan erklärte sich PHK Frank Müseler (Bezirksdienst PI Remscheid) bereit, das finan-zielle Risiko zu teilen. Aus-schließlich im Kollegenkreis sammelten die Beamten Bar-geld für das Projekt. Unter-stützung fanden sie auch bei den Beschäftigten des hiesi-

gen Verkehrskommissariats und Kriminalkommissariats sowie bei der Seniorengruppe. Schließlich erreichte Frank Herzhoff und Frank Müseler die Zusage der DPolG, KV Wuppertal, das finanzielle Risiko zu übernehmen.

Nach langen Monaten Warte-zeit auf den 2,20 m großen und circa 65 kg schweren Roh-ling ging es endlich an die Ge-staltung.

Er wurde natürlich blau la-ckiert, die Mähne in Silber. Die originalen Schriftzüge „POLI-ZEI“ sowie das Remscheider Polizeilogo vervollständigten die Gestaltung. Nachdem ein entsprechender Platz mit Au-ßenwirkung neben dem Dienstgebäude der Polizeiin-spektion Remscheid gefunden wurde, erfolgte die Taufe des Remscheider Polizeilöwen im Sommer 2015 im Beisein vieler Kolleginnen und Kollegen.

Aktuell gibt es in Remscheid circa 200 unterschiedlich ge-staltete Löwen. Viele davon prägen bereits das Stadtbild an Fassaden, öffentlichen Flächen, vor Firmen und in Gärten.

An dieser Stelle bedanken wir uns noch einmal bei allen Hel-ferinnen und Helfern – beson-ders auch bei der DPolG, Kreis-verband Wuppertal. ■

Die DPolG NRW wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne Adventszeit, fröhliche sowie friedliche Weihnachten und einen guten Rutsch in ein schönes, erfolgreiches, aber vor allem gesundes Jahr 2016.

Gerhardt